



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 03/2015

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

Die Mietpreisbremse kommt!

Die SPD-Fraktion hat sich durchgesetzt und ich freue mich persönlich als zuständiger Arbeitsgruppenvorsitzender dieses Ergebnis erzielt zu haben: An diesem Donnerstag hat der Bundestag die so genannte Mietpreisbremse in 2./3. Lesung beschlossen. Das Gesetz ist so geblieben, wie es im November eingebracht wurde – das bedeutet massive Entlastungen für viele Mieterinnen und Mieter. Offiziell verbirgt sich die Mietpreisbremse hinter dem „Mietrechtsnovellierungsgesetz“ (Drs. 18/3121). Die Mietpreisbremse wird dazu beitragen, dass Mieten auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben. In manchen Ballungszentren und Universitätsstädten gibt es heute Mietsteigerungen von 30 bis 40 Prozent. Das ist nicht akzeptabel. Exorbitant steigende Mieten würden die Städte auf Dauer verändern. Normalverdiener, junge Familien, Rentner würden sich ganze Stadtteile nicht mehr leisten können und in Randgebiete verdrängt. Die Städte und Stadtviertel sollen aber vielfältig und bunt bleiben. Die Mietpreisbremse dämpft künftig Mietpreisexplosionen. Die künftige Miete darf maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen.

Eine große Erleichterung für Mieterinnen und Mieter ist das künftige Bestellerprinzip bei den Maklergebühren: Wer bestellt, der bezahlt. Das entspricht einem natürlichen Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft, denn das Bestellerprinzip im Maklerrecht sorgt dafür, dass die Zwangslage von Wohnungssuchenden nicht länger ausgenutzt wird. Die Maklercourtage bezahlt künftig derjenige, in dessen Interesse der Makler tätig wird. Das ist in der Regel der Vermieter und nicht der Mieter.



SPD-Konferenz zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Am 23. Januar fand im Willy-Brandt-Haus eine hochkarätig besetzte Veranstaltung zum den aktuellen Verhandlungen der EU für Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) statt. So waren die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der Botschafter der USA John B. Emerson dabei.

Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen haben Ängste und Misstrauen ausgelöst. Wir nehmen diese Sorgen ernst und haben uns mit Erfolg für mehr Transparenz bei den Verhandlungen eingesetzt. In enger Abstimmung mit dem DGB hat unser Parteikonvent klare Anforderungen an die transatlantischen Freihandelsabkommen formuliert. Dazu gehört auch die Maßgabe, dass Entscheidungen des demokratischen Gesetzgebers durch den Investorenschutz nicht ausgehebelt werden dürfen.

Wirtschaftsminister SPD-Vorsitzender Gabriel ging in seiner Einführungsrede auf die Bedeutung von Freihandelsabkommen ein und schlug zum sehr umstrittenen Thema der Schiedsgerichtsbarkeit eine vermittelnde Lösung vor, die gemeinsam von mehreren europäischen sozialdemokratischen Parteien erarbeitet worden ist. Das Positionspapier und ein Faktencheck zu CETA/TTIP sind unter diesem Link zu finden:

http://www.spd.de/aktuelles/127480/20150223_ttip_isds_spe_madrid.html

Mehr Frauen in die Aufsichtsräte! Bundestag beschließt Frauenquote

Schluss mit „gläsernen Decken“! An diesem Freitag war es endlich soweit: Der Bundestag hat mit großer Mehrheit das Gesetz zur Frauenquote in Führungspositionen verabschiedet (Drs. 18/3784). Ich habe hart mit der Union darum gerungen. Mit dem Bundestagsbeschluss wird die gesetzliche Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Realität. Die Geschlechterquote wird zudem einen kulturellen Wandel in der Gesellschaft anstoßen, da sind sich die Bundestagsabgeordneten der SPD-Fraktion, Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas sicher.

Frauen sind heutzutage so qualifiziert wie nie zuvor, und dennoch schaffen nur sehr wenige den Karrieresprung in Führungspositionen großer Unternehmen. Nicht nur den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sondern vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft war daher schon seit Jahren klar: Allein mit freiwilligen Selbstverpflichtungen wird es in männerdominierten Führungsetagen nur im Schneckentempo gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern geben.

Antworten des Justizministeriums zur Quote finden sich unter diesem Link:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/FAQ-gesetz-frauenquote.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Foto aus der Tagesschau vom 27. Februar 2015

Zu meinem eigenen erstaunen war ich in der vorletzten Woche im Zentrum des Tagesschau-Bildes zur namentlichen Abstimmung zur Griechenland-Hilfe zu sehen.



Zusätzliche Mittel im Verkehrshaushalt für die Ortsumfahrung Winden einsetzen

Für Verkehrswege und Breitbandausbau werden vom Bundeshaushalt zusätzliche Mittel über 4 Milliarden € bereitgestellt. Ich habe dies zum Anlass genommen, in einem Brief an Bundesverkehrsminister Dobrindt von diesem die überfällige Baufreigabe für die Umfahrung der B 294 in Winden einzufordern. Wenn von der großen Koalition über 4

Milliarden € dem Bundesverkehrsministerium an neuen Mitteln zur Verfügung gestellt werden, dann muss hier Geld für die dringend notwendige Umfahrung in Winden dabei sein.

Zuwanderung verantwortungsvoll steuern

Die Zahl der Erwerbsfähigen in Deutschland wird in den nächsten zehn Jahren um sechs bis sieben Millionen sinken. Ein dramatischer Rückgang, der unseren wirtschaftlichen Wohlstand und die Tragfähigkeit unseres Sozialstaats gefährdet. Tatsache ist: Damit Deutschland eine Wachstumsgesellschaft mit starken sozialen Sicherungssystemen bleiben kann, müssen wir ein Einwanderungsland werden. Denn weder durch höhere Erwerbstätigkeit von Frauen noch durch nachträgliche Qualifizierung von Arbeitslosen kann die demografische Lücke an qualifizierten Arbeitskräften ganz geschlossen werden.

Mehr Mittel für die Kommunen

Höhere kommunale Entlastung: Bisher war vereinbart, dass die Kommunen von 2015 bis 2017 um jeweils eine Milliarde Euro entlastet werden. Die Forderung der SPD war, diesen Betrag schon 2017 deutlich zu erhöhen. Jetzt haben wir erreicht, dass die Entlastung der Kommunen um weitere 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro in 2017 steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht. Das ist ein wichtiger Schritt um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

- Kommunales Investitionsprogramm: Mit einem Sondervermögen von 3,5 Mrd. Euro wird noch 2015 ein Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen eingerichtet. Mit dem kommunalen Investitionsprogramm leistet der Bund auch einen Beitrag zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft in unserem Land.
- Mehr Mittel für Infrastruktur: Die Investitionen in die Verkehrswege und in die digitale Infrastruktur werden nochmals deutlich um über 4,3 Mrd. Euro angehoben. Zusätzlich werden Mittel aus der Versteigerung von Frequenzen für den Breitbandausbau genutzt. Unterm Strich werden wir die bereits im Koalitionsvertrag beschlossenen zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 5 Mrd. Euro verdoppeln.
- Höhere Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebau: Mit 1,2 Mrd. Euro zusätzlich wird die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz vorangetrieben. Über 1 Mrd. Euro zusätzlich wird für Klima- und Hochwasserschutz sowie den Städtebau zur Verfügung gestellt. Weitere rund 400 Mio. Euro stehen für andere investive Zwecke bereit.
- Die SPD hat auch dafür gesorgt, dass durch Auflösung der Globalen Minderausgabe für das Betreuungsgeld weitere 3 Milliarden für Investitionen zur Verfügung stehen.

Jugendgemeinderat Lahr traf mich im Reichstag

Am 23. Februar habe ich mich mit den Mitgliedern des Lahrer Jugendgemeinderates zu aktuellen

politischen Themen und meiner Arbeit in Berlin ausgetauscht. Da ich direkt von einer Veranstaltung zum Thema TTIP aus der Parteizentrale zu dem Gespräch kam, spielte das Thema auch dort eine große Rolle.



Die Besucher des Jugendgemeinderates Lahr mit mir im Reichstag

Gespräch mit Schülern aus der Ortenau

Zwei Tage später habe ich mich auch mit Schülern der Realschule Rheinau zu einem Gespräch getroffen, in dem es um meine politische Arbeit in Berlin und regionale politische Themen ging.



Mit Schülern der Realschule Rheinau im Paul Löbe Haus des Bundestages

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB